

**Vollzug des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) und des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG);
Niederbringung einer Bohrung für die Erstellung des Brunnen VIII Högling und die Entnahme von Grundwasser im Rahmen eines Pumpversuches;**

Bekanntmachung nach § 5 Abs. 2 UVPG

Die Stadtwerke Amberg Versorgungs GmbH, Gasfabrikstraße 16, 92224 Amberg beantragt eine wasserrechtliche beschränkte Erlaubnis für die geplante Niederbringung einer Bohrung für die Erstellung des Brunnen VIII Högling (Flur-Nr. 1159, Gemarkung Högling) und die Entnahme von Grundwasser im Rahmen eines Pumpversuches.

Die Stadtwerke planen im Rahmen eines Wasserpaktes mit der Gemeinde Freudenberg, der die vollständige Wasserversorgung der Gemeinde Freudenberg und die Erstellung eines gemeinsamen Brunnens (Brunnen VIII) beinhaltet, sowie zur Redundanz und somit Versorgungssicherheit einen neuen Brunnen zu errichten und einen Leistungspumpversuch durchzuführen.

Nach § 5 Abs. 1 UVPG stellt das Landratsamt Schwandorf auf der Grundlage geeigneter Angaben der Vorhabensträgerin sowie eigener Informationen fest, ob nach den §§ 6 bis 14 UVPG für das Vorhaben eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht) besteht. Das Vorhaben bedarf gem. § 7 Abs. 1 UVPG i.V.m. Nr. 13.4 der Anlage 1 zum UVPG einer allgemeinen Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht. Die allgemeine Vorprüfung ist als überschlägige Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 zum UVPG aufgeführten Kriterien durchzuführen.

Nach Durchführung der allgemeinen Vorprüfung kommt des Landratsamt Schwandorf zu dem Ergebnis, dass für das Vorhaben keine UVP-Pflicht besteht, da dessen Ausführung bei überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 zum UVPG aufgeführten Kriterien nach Einschätzung der zuständigen Behörde keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 25 Abs. 2 UVPG bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären.

Das beantragte Vorhaben findet auf einer Waldfläche statt, die von einem Kiefern-Altbestand mit stabilen Bestandsverhältnissen bestockt ist. Der beantragte Bohrstandort ist über den vorhandenen Weg problemlos zu erreichen, allenfalls müssen am Bohrstandort einzelne Bäume entfernt werden. Die Wasserentnahme erfolgt in einer Tiefe, die die Wasserversorgung der Waldbäume nicht beeinflusst. Aus naturschutzfachlicher Sicht sind keine nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten. Negative Auswirkungen auf ökologisch sensible Bereiche sind nicht zu befürchten. Auch aus wasserwirtschaftlicher Sicht sind unter Berücksichtigung der

Antragsunterlagen keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten. Anfallende Abfälle werden fachgerecht entsorgt, für die menschliche Gesundheit ergeben sich keine nachteiligen Folgen.

Unter Einbeziehung der Vorkehrungen der Vorhabensträgerin sind erhebliche Umweltauswirkungen offensichtlich ausgeschlossen.

Diese Feststellung, dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, ist nicht selbständig anfechtbar (§ 5 Abs. 3 UVPG).